



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

30.06.2015

BUGA 2031 am Mittelrhein ist sehr gute Idee

„Mehr Fördermittel für das Rheintal, eine Aufbruchsstimmung und die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte: Im Mittelrheintal eine Bundesgartenschau zu organisieren, ist in jedem Fall sehr sinnvoll“, sagt unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen. So können im Zuge der Buga-Vorbereitungen Tourismus-Orte wie das Loreley-Plateau neugestaltet und wirksame Strategien gegen den Bahnlärm umgesetzt werden. Die Buga im Jahr 2031 und alle vorherigen Planungs- und Vorbereitungsschritte werden sich sicherlich zu einem erfolgreichen Wirtschaftsförderungsprogramm auswachsen.

Sehr zielführend ist, dass der Zweckverband Kulturerbe Oberes Mittelrheintal nun einen konkreten Fahrplan erarbeiten möchte, wie deren Vorsitzender, unser Landrat Frank Puchtler, in der Rhein-Zeitung ankündigte. Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung werden bei der Erarbeitung und Begleitung der Buga-Pläne als fester Partner an der Seite der Mittelrhein-Kommunen stehen.

Dass nun auch die CDU in Rheinland-Pfalz eine 180-Grad-Wendung vollzogen hat, ist nachvollziehbar. Auf den erstmaligen Buga-Vorschlag von unserem Innenminister Roger Lewentz haben die Christdemokraten vor drei Wochen nur mit Spott und Häme reagiert. Von „träume“, „Parallelwelt“ und Verlust der „Bodenhaftung“ war die Rede. Nun nimmt die CDU-Landtagsfraktion offenbar die genau entgegengesetzte Position ein und erklärt: „Eine Bundesgartenschau kann dem Mittelrheintal wichtige Impulse geben.“ Diese Kehrtwende ist zu begrüßen. Im Sinne des Mittelrheintals sollten die Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags nun parteiübergreifend die Pläne zu einer Bundesgartenschau vorantreiben. Wir werden das Thema daher im Landtag diese Woche beraten.

Im Wortlaut: Der CDU-Generalsekretär Patrick Schnieder erklärte am 30. Mai zu dem Buga-Vorschlag unseres Innenministers Roger Lewentz: "Herr Lewentz träumt von 2031 ... Realität ist das, was passiert, während die SPD in einer Parallelwelt die Bodenhaftung verliert. ... Statt sich mit Fragen der Gegenwart zu beschäftigen, schiebt die SPD Problemlösungen in die Zukunft. Statt heute Verantwortung zu übernehmen, träumt Herr Lewentz lieber von einem Projekt in 16 Jahren, von der Buga im Mittelrheintal."

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Josef Bracht, begrüßte nun am 23. Juni den Lewentz-Vorschlag zu einer Buga: „Eine Bundesgartenschau kann dem Mittelrheintal wichtige Impulse geben. Darin liegt ein enormes Potential für die Region, das genutzt werden muss.“

Post-Beschäftigte demonstrieren gegen Werkverträge

Die Beschäftigten der Post AG vor dem rheinland-pfälzischen Landtag gegen Werkverträge und Leiharbeit demonstriert. Derzeit sind bundesweit rund 30.000 Mitarbeiter im unbefristeten Streik. Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer sprach auf der Kundgebung:

"Was die Post AG im Bereich der Paketzustellung derzeit macht, geht auf keine Kuhhaut. Die schon begonnene Auslagerung von tausenden Arbeitsplätzen ist inakzeptabel. Die Menschen dort erhalten deutlich weniger Lohn und haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Es ist verständlich, dass die Beschäftigten dagegen vorgehen." Alexander Schweitzer rief das Unternehmen dazu auf, rasch am Verhandlungstisch Platz zu nehmen und gemeinsam mit den Arbeitnehmern "gute Ergebnisse im Sinne der Beschäftigten" zu erzielen. "Das Unternehmen muss zum Haustarif und zur Mitbestimmung zurückkehren. Der Post-Vorstand soll unverzüglich aufhören, das Streikrecht mit Leiharbeit sowie Werkverträgen zu untergraben."

Auch die Politik ist in der Verantwortung: Parteien und Politiker müssten Druck auf den Vorstand der Deutschen Post AG machen. Es darf nicht sein, dass dieses Unternehmen, bei dem der Staat Teilhaber ist, aus tarifvertraglichen Vereinbarungen flieht und die betriebliche Mitbestimmung aushöhlt. Die Bestrebungen bei der Post sind umso unverständlicher, da das Unternehmen Gewinne einstreicht und wirtschaftlich gut dasteht. Davon müssen die Mitarbeiter profitieren. Diese Linie wird die SPD-Landtagsfraktion auch in der Landtagssitzung nächste Woche offensiv vertreten – an der Seite der Beschäftigten.

Dein Tag für Afrika: SPD-Abgeordnete packen mit an

In ganz Deutschland machten sich am Dienstag Schülerinnen und Schüler für gleichaltrige Kinder und Jugendliche in Afrika stark. Bei ihren Jobs erhielten sie Unterstützung von Politikerinnen und Politikern. Mit dabei am „Tag für Afrika“ waren auch zahlreiche SPD-Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion.

Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer half zusammen mit einer Schülerin im Restaurant „Madiba Afrika“ in Mainz aus. Zur „Aktion Tagwerk“ sagte Schweitzer: "Das Augenmerk der deutschen und europäischen Politik muss viel stärker nach Afrika gerichtet werden. Unser Nachbar-Kontinent braucht mehr Unterstützung und Solidarität, so dass wirtschaftliche Entwicklungen angestoßen werden und sich die Lebenssituation der Menschen verbessert. Ein wichtiger Baustein für dauerhafte Erfolge ist die Bildung: Kinder und Jugendliche in Afrika müssen bessere Lern- und Ausbildungsangebote erhalten. Mit dem Tag für Afrika soll darauf der Blick gelenkt werden."

Unsere Ministerpräsidentin und SPD-Abgeordnete Malu Dreyer packte bei der Herstellung und beim Verkauf von Eis in der Eisdiele „N' Eis – Das Neustadteis“ mit an. Unsere Abgeordnete und Finanzministerin Doris Ahnen half in den Werkstätten für behinderte Menschen (WFB) in Mainz-Hechtsheim. Unser Abgeordneter Marcel Hürter war in diesem Jahr bereits zum vierten Mal bei der „Aktion Tagwerk“ dabei, diesmal jobbte er beim Weingut „Josten & Klein“ in Remagen-Kripp.

Große Gefahr durch neue synthetische Drogen

„Legale Suchtmittel wie Alkohol und Nikotin sowie illegale Drogen wie Heroin, Kokain, Amphetamine und Cannabis sind in Deutschland weiterhin ein großes Problem“, machte unser drogenpolitischer Sprecher, Walter Feinler, anlässlich des heutigen Internationalen Tags gegen Drogenmissbrauch deutlich. „Die Politik muss sich daher dauerhaft mit der Suchtbekämpfung auseinandersetzen, Gegenstrategien entwickeln und neue Tendenzen beachten. Problematisch sind mittlerweile so genannte „Legal Highs“ (synthetische Cannabinoide), die verstärkt in Deutschland und Rheinland-Pfalz konsumiert werden. Offenbar fühlen sich gerade Jugendliche von diesen gefährlichen Mitteln angezogen. In den vergangenen Monaten sind bundesweit junge Männer und Frauen in lebensbedrohlichem Zustand in Krankenhäuser eingeliefert worden.“

Unser justizpolitischer Sprecher Heiko Sippel und unser polizeipolitischer Sprecher Wolfgang Schwarz ergänzten: „Es ist an der Zeit, dass der Bund gegen diese wachsende Gefahr vorgeht. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, darf nicht weiterhin auf eine europäische Lösung hoffen und das Problem auf die lange Bank schieben. Ein bundesweites Verbot dieser Drogen muss rasch kommen.“ Der Internationale Tag gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr wird jährlich am 26. Juni begangen.

ZAHLEN UND FAKTEN

KURZ UND KNAPP: DAS RHEINLAND-PFÄLZISCHE TRANSPARENZGESETZ

Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in ihrer Regierungserklärung im Januar 2013 ein Transparenzgesetz angekündigt. Es soll die Demokratie stärken, in dem der Informationszugang für alle erleichtert wird. In einem breiten Beteiligungsprozess wurde nicht nur das Informationsfreiheitsgesetz des Landes weiterentwickelt und mit dem Landesumweltinformationsgesetz verschmolzen, es wird auch ein Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung eingeleitet. Informationen werden künftig auf einer elektronischen Transparenzplattform bereitgestellt. Das bisherige Verfahren „Information auf Antrag“ bleibt bestehen. Die Transparenzplattform wird über das am 1. Oktober freigeschaltete Rheinland-Pfalz-Portal www.portal.rlp.de erreicht.

WAS WIRD ZUKÜNFTIG AUF DER TRANSPARENZ-PLATTFORM VERÖFFENTLICHT?

Beschlüsse des Ministerrats inklusive Erläuterungen – soweit dies für das Verständnis erforderlich ist,

Berichte und Mitteilungen der Landesregierung an den Landtag, Beschlüsse öffentlicher Sitzungen

Inhalte von Verträgen von allgemeinem öffentlichem Interesse mit einem Auftragswert von mehr als 20.000 Euro

Haushalts-, Stellen-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne, Verwaltungsvorschriften und allgemeine Veröffentlichungen, amtliche Statistiken und Tätigkeitsberichten, Gutachten und Studien, Geodaten, Öffentliche Pläne über landesweite Planungen, Zuwendungen

Unternehmensdaten von Beteiligungen des Landes

*Gruß aus Mainz
Heike und Anke*